

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 8. Juli 1931

Nummer 54

Unser Verband im Jahre 1930

(Schluß)

Als besonders lehrreich und wertvoll für eine objektive Beurteilung des gewerbes- und tarifpolitischen Aufgabentranges müssen die im Jahresbericht des Verbandsvorstandes für 1930 auf insgesamt 18 Seiten in übersichtlicher Darstellung veröffentlichten Ergebnisse der am 3. November 1930 durchgeführten Berufs- und Lohnstatistik bezeichnet werden. Sie erstreckt sich auf Feststellungen in 7622 Betrieben in 1915 Druckorten. Insgesamt wurden 91 533 Gehilfen (einschließlich der Arbeitslosen und Kranken) erfaßt; während etwa 2200 Gehilfen nicht erfaßt werden konnten. Eine prozentuale Gliederung der nur in den Betrieben beschäftigten Gehilfen nach Berufsgruppen ergibt für die letzten fünf Jahre folgendes Bild:

	1926	1928	1930
Handseher	50,9	48,8	47,7
Schweizerbecken	3,0	2,9	2,8
Maschinenseher	14,2	14,9	15,9
Monotypseher	0,4	0,5	0,5
Flachdrucker	20,3	20,9	20,4
Tiefdrucker	—	0,3	0,5
Rotationsdrucker	3,2	3,3	3,8
Stereotypen- und Galvanoplastiker	3,5	3,6	3,5
Korrektoren	3,6	3,9	4,0
Sonstige Gehilfen	0,9	0,9	0,9

Werden in eine solche Berufsgliederung auch die nicht beschäftigten Kollegen (Arbeitslose und Kranke) mit einbezogen, so ergibt die prozentuale Verteilung für die letzten fünf Jahre folgendes Bild:

	1926	1928	1930
Handseher	51,6	49,8	50,6
Schweizerbecken	2,9	2,7	2,4
Maschinenseher	13,5	14,4	13,9
Monotypseher	0,4	0,5	0,4
Flachdrucker	20,7	21,1	21,7
Tiefdrucker	—	0,3	0,4
Rotationsdrucker	3,0	3,1	2,8
Stereotypen- und Galvanoplastiker	3,5	3,5	3,5
Korrektoren	3,4	3,7	3,4
Sonstige Gehilfen	1,0	0,9	0,9

Von den insgesamt durch die Statistik ermittelten 91 533 Gehilfen waren organisiert

im Verband der Deutschen Buchdrucker	93,1	Proz.
im Gutenbergbund	3,1	Proz.
in anderen Organisationen	0,2	Proz.
nicht organisiert	3,6	Proz.

Von den durch die Statistik erfaßten Faktoren und Obermaschinenmeistern gehören 58,5 Proz. dem Verbände an. Von den 16 602 ermittelten Lehrlingen sind 81,6 Proz. Mitglieder unserer Lehrlingsabteilung. Die im Bericht enthaltenen Einzelangaben über die Gehilfengruppierung und ihre Verteilung auf die einzelnen Verbandsgaue, wie auch über die Arbeitszeit, die Sonntagsarbeit, die Ferientage und die Entlohnung verdienen eingehenderes Studium durch jeden Kollegen. Hier sei kurz zusammengefaßt nur erwähnt, daß 91 Proz. aller Gehilfen regelmäßig 48 und 9 Proz. weniger Stunden in der Woche beschäftigt waren. Sonntagsarbeit wird noch in 162 Betrieben von 2848 Gehilfen geleistet, darunter 1229 Maschinenseher, 299 Stereotypen-, 283 Rotationsdrucker und 215 Korrektoren. Bis zu 6 Tagen Ferien hatten 12,5 Proz., 6 bis 9 Tagen 18,2 Proz., 10 Tage und mehr 62,8 Proz. aller Gehilfen. Nur den Tariflohn erhielten von allen Gehilfen im Reichsdurchschnitt 20,3 Proz., bis zu 6 M. über Tarif 29,8 Proz., 6 bis 10 M. über Tarif 20,6 Proz., 10 bis 20 M. über Tarif 20,1 Proz. und mehr als 20 M. über Tarif 9,2 Proz. aller Gehilfen. Eine sehr beachtenswerte Gliederung der Entlohnung nach Berufsgruppen und nach den einzelnen Verbandsgauen empfehlen wir gleichfalls besonderem persönlichen Studium.

Einem kurzen Streifzug durch die im Jahresbericht enthaltenen „Berichte aus den Gauevereinen“ seien zunächst einige Ziffern über Mitgliederzahl, Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestand der einzelnen Gaue vorangestellt:

Gau	Mitgliederzahl (Ende 1930)	Einnahmen 91.	Ausgaben 91.	Vermögensbestand 91.
Banern	0 808	107 500	285 088	153 493
Berlin	16 177	768 053	1 198 300	1 027 490
Danzig	408	15 074	24 138	19 009
Dresden	3 032	150 718	193 080	133 900
Erzgebirge-Vogtland	2 437	51 094	85 340	65 888
Frankfurt-Osteln	3 890	84 374	123 584	106 088
Hamburg-Altona	3 608	185 174	251 589	211 628
Hannover	3 023	112 708	145 577	111 077
Leipzig	7 252	369 431	390 767	158 621
Mecklenburg-Vorpommern	809	23 638	34 357	32 300
Wittelsheim	3 473	97 424	140 104	178 056
Nordwestgau	1 888	71 025	77 523	133 828
Oberfelden	3 007	60 723	85 933	73 976
Oberrhein	3 034	97 581	137 700	127 031
Oberrhein	1 187	60 290	60 043	20 351
Niederrhein-Gehilfen	11 163	374 084	429 445	440 054
Am der Saale	4 310	95 828	158 503	15 076
Senarogebiet	577	26 490	35 800	4 128
Schlesien	3 413	154 420	198 410	85 373
Schleswig-Holstein	1 101	31 640	47 756	37 810
Südrhein	3 540	127 383	167 205	137 284
Württemberg	4 652	177 392	234 030	216 351
Auf der Weise	433	—	—	—
Insgesamt	90 380	3 335 080	4 435 100	3 488 008

Ein Vergleich der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Gaue (außer Verbandskasse) ergibt ebenfalls das bedauerliche Resultat, daß die Ausgaben insgesamt um über eine Million Mark die Einnahmen überschritten haben und somit die Gauvermögen eine wesentliche Verringerung erfahren haben. — Im Gau Bayern wird ein beträchtliches Abwandern von Druckaufträgen nach verschiedenen Reichsstellen und ein restloses Ausschöpfen der Lehrlingskassa als die Krise besonders verschärfend beurteilt. Leistungslohnabbauprobe konnten größtenteils erfolgreich abgewehrt werden. Eine besondere Schmachstatistik ergab in 157 Druckorten mit 331 Betrieben 446 Linotype, 335 Typograph, 84 Monotypsetzer, 58 Gießer, 10 Monofine und 25 Intertypen; an diesen rund 900 Schmachstatistik waren insgesamt 1047 Seher und 31 Gießer beschäftigt, 39 Maschinen waren außer Betrieb. — Im Gau Berlin wirkte sich besonders die lange Dauer der Arbeitslosigkeit sehr schmerzhaft aus. Erfolgreiche Abwehr lohnärztlicher Einstellungsrichtlinien der Prinzipalorganisation führte zu der bekannten und verunglückten Prinzipalstrategie. Differenzen in der „Deutschen Tageszeitung“ und mit dem Vorstand des Brandenburgischen Maschinensehervereins, eine ganze Reihe willkürlicher und zum größten Teil ebenfalls mißglückter Lohnabbauprobe, ferner stärkeres Nummern der linken Gewerkschaftshäuser bildeten zwar besondere Kapitel für die Berliner Kollegen, konnten aber deren gesunden gewerkschaftlichen Boden nicht im geringsten erschüttern. — Im Gau Danzig stehen die Gewerkschaften starken reaktionären Strömungen gegenüber und haben daher mit Lohnabbautendenzen rückwärts losgeraten zu rechnen. — Der Gau Dresden verzeichnete eine Verdopplung seiner Arbeitslosen, verhältnismäßig viele Betriebsstillegungen und besondere Sympathien der Prinzipale für Lohnraub, dem jedoch in den meisten Fällen ein Regel vorgeschoben werden konnte. — Auch der Gau Erzgebirge-Vogtland verzeichnete eine über dem Reichsdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit; konnte aber überall, wo Lohnabbauprobe ernstlichen Widerstand fanden, Erfolg verzeichnen. — Der Gau Frankfurt-Hessen konnte auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken und verwandte die Kosten üblicher Jubiläumsfeierlichkeiten zu besonderen Unterstützungen für die Arbeitslosen. Abbau der Leistungszulagen konnte im großen und ganzen abgewehrt werden. — Hamburg-Altona hat eine Steigerung seiner Arbeitslosigkeit von 14,5 auf 24,6 Proz. am Jahresende. Abbau der Leistungszulagen konnte ebenfalls in

den meisten Fällen abgewehrt werden. — Im Gau Hannover blieben die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse durchweg stabil. Die Zahl der Invaliden erhöhte sich jedoch um 35 Proz., die Arbeitslosigkeit um 106 Proz. Leistungszulagenabbau konnte in den meisten Fällen verhindert werden. — Leipzig hatte eine starke Verdopplung seiner Arbeitslosenzahl auf sich zu nehmen und für einen großen Teil mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von mehr als einem Jahr zu rechnen. Tarifliche Schwierigkeiten gab es jedoch kaum. Abbau der Leistungszulagen wurde zwar mehrfach versucht, was aber den betreffenden Firmen nicht gut bekommen ist. Allerlei Stilllegungsmanöver kamen in Frage, bei denen leider soziale Gesichtspunkte viel zu wenig beachtet wurden. Schwierigkeiten ergaben sich teilweise wegen der Einbeziehung der Sonntagsarbeit in die Wochenarbeitszeit. In der Überstundfrage wurde nach wie vor strenge Ordnung gehalten. Die von Unternehmerseite beantragte Einrichtung einer Fachkammer beim Leipziger Arbeitsgericht wurde von den graphischen Arbeiterorganisationen als unzweckmäßig abgelehnt. — Auch im Gau Mecklenburg hat sich die Zahl der Arbeitslosen verdoppelt. Die Lehrlingsordnung wird von der Handwerkskammer dieses Gaues nach wie vor als viel zu fortschrittlich für ihren Bezirk beurteilt und daher auch jetzt noch nicht als zeitgemäß anerkannt. — Im Gau Mittelrhein war eine Steigerung der Arbeitslosigkeit gegenüber 1929 um 73 Proz. zu verzeichnen. Wo einmütige Abwehr in Erscheinung trat, konnten Lohnabbauprobe überall abgewehrt werden. Die Lehrlingsordnung ist in allen vier Handwerkskammern als bindend anerkannt. — Im Nordwestgau konnte der organisierte Angriff der Unternehmer auf die über tariflichen Löhne ebenfalls nur dort erfolgreich abgelehnt werden, wo sich die Bedrohten mit Entschiedenheit zu wehren wußten. Zu beklagen ist einseitige Rechtsprechung der Arbeitsgerichte (Bremen) unter besonderem Unternehmer einfluß. In der Lehrlingsordnungsfrage bestehen noch Differenzen mit der Oberrheinischen Handwerkskammer. — Im Gau Oberhein ist die Arbeitslosigkeit ebenfalls sehr drückend. Auf Einseitigkeit der Lehrlingskassa müssen die Fachauschüsse besonders achten. Ein Abbau der Leistungszulagen konnte in der Regel bei Geschlossenheit der davon Bedrohten abgewehrt werden. — Der Oberrhein hatte am Jahreschluss eine Arbeitslosigkeit von 25 Proz., wovon zwei Drittel der Kollegen im Verband ausgetreten und nur noch auf die Notstandsunterstützung angewiesen waren, während nicht wenige Betriebe dieses Gaues weiter ausgebaut werden konnten. Bis auf wenige Fälle konnten Lohnabbauprobe abgewehrt werden. Die geographische Lage dieses Gaues, durch den die Wanderströme von allen Himmelsrichtungen nach der Reichshauptstadt ziehen, bringt eine starke Belastung durch die ausgetretenen reisenden Kollegen mit sich, weshalb schon mehrfach Zuschüsse aus der Gaukasse zu diesem Zweck geleistet wurden, um nicht die gewerkschaftlichen Aufgaben in den Hintergrund treten zu lassen. — Der Bericht des Gaues Ostpreußen enthält in der Hauptsache statistische Angaben, deren Bedeutung erst durch Vergleich mit anderen statistischen Feststellungen des Verbandsvorstandes erkannt werden kann. Verschiedene Differenzen wegen Lohnzulagen und -abbau wurden zugunsten der Gehilfen erledigt. — Der Gau Rheinland-Westfalen hatte im Monatsdurchschnitt 1287 Arbeitslose. Große Unzufriedenheit löste eine im Berichtsjahre vorgenommene Revision der Ortszuschüsse aus. Über 176 Druckorte wurden neu beschloffen, nur 72 blieben bei dem bisherigen Zustand; die Auswirkung war, daß 1538 Gehilfen um 2 1/2 Proz. und ein Gehilfe um 5 Proz. abgebaut worden sind. Aus Gesundheitsrück-sichten war Kollege Bertram genötigt, seinen Posten

als erster Gauvorsteher niederzulegen; als sein Nachfolger wurde Kollege Böhminger und als zweiter Gauvorsteher Kollege Fette (Duisburg) gewählt. — Im Gau N der Saale waren die Wirkungen der Wirtschaftskrise nicht minder fühlbar als in andern Gauen. Die Lehrlingsabteilung hat hier besonders reges Innenleben; obwohl die Handwerkskammern Dessau und Halle der Lehrlingsordnung immer noch ablehnend gegenüberstehen. — Im Saargebiet bewirkten erhebliche Betriebsbeschränkungen ein starkes Steigen der Arbeitslosigkeit. Trotzdem herrscht reges Leben in allen Mitgliedschaften. Der Wunsch nach Mitgliedern an Deutschland gewinnt infolge mangelhafter arbeitsrechtlicher und sozialer Gesetzgebung unter der jetzigen Herrschaft immer größere Kraft. — In Schleswig-Holstein herrschte die gleiche traurige gewerbliche Lage wie im übrigen Deutschland. Was an gegenseitiger Hilfeleistung möglich war, wurde gern erfüllt. Gegen den überhandnehmenden Maternaustausch wurde durch Schreiben an 80 Firmen einschärfend zu wirken versucht. — In Thüringen kamen unter den Auswirkungen des heutigen sinnlosen Wirtschaftssystems einige Buchdruckereien zum Erliegen oder zur Kurzarbeit. In Lohnabbauprosessen und sonstigen besonders egoistischen Quartierereien schloß die allmählich auf solchen Gebieten hinreichend bekannte Pöppelner Firma wiederum den Vogel ab, mußte sich aber wiederholt nachträglich eines Besseren belehren lassen. Die Gerner Handwerkskammer ist immer noch nicht so weit, daß sie sich verpflichtet fühlt, zeitgemäßer Ordnung im Lehrlingswesen zuzustimmen. — In Württemberg brachte der fruchtlose Niedergang des heutigen Wirtschaftssystems die Lage des Arbeitsmarktes eine Verdopplung der Arbeitslosigkeit gegenüber Jahresanfang. Das Vereinsleben war reger und wertvoll für den kollegialen Zusammenhalt. Die Arbeit der Fachauschüsse aller vier Handwerkskammern und der Lehrlingsleiter hat sich als sehr fruchtbringend erwiesen.

Die Zentralkommissionen der Sparten der Drucker, Handseher, Korrektoren, Maschinenseher, Schriftgießer und Stereotypen hatten aus Beiträgen der Spartenvereine, aus Zinsen und sonstigen Quellen insgesamt eine Jahreseinnahme von 101.761 M. und eine Gesamtausgabe von 80.534 M. bei einem Vermögensbestand von 62.253 M. am Ende des Jahres. Von den Ausgaben entfielen auf Vorträge, Vorlesungen und Konferenzen 8,8 Proz., auf Bildungszwecke und Bibliotheken 53,0 Proz., auf Drucksachen und Buchbinderkosten 18,3 Proz., auf tarifliche und andre rechtliche Zwecke 1,1 Proz., auf sonstige Ausgaben 1,5 Proz., auf Vertretungen und Remunerationen 10,1 Proz. und auf Sachausgaben 7,4 Proz. — Die Drucker wurden von der Arbeitslosigkeit sehr stark betroffen. Von dem Ausgang der vorjährigen Manteltarifberatungen sind die Drucker, soweit die Erhaltung ihrer Sonderbestimmungen in Frage kam, bedrückt; in der Anerkennung der Tiefdruckmaschine für das Tarif- und Organisationsgebiet des Buchdrucks begrüßen sie einen erfreulichen Fortschritt. Ihre Spartenzeitung „Der Drucker“ erschien in acht Nummern (8 bis 16 Seiten) und fünf große Druckerlage wurden abgehalten; ebenso zwei Vorsteherkonferenzen. Die Druckerpartei zählt in 20 Kreisen mit 153 Vereinen 14.114 Mitglieder von insgesamt 22.229 Druckern nach der letzten Verbandsstatistik. — Die Handseher, gleich den Druckern von starker Arbeitslosigkeit befallen, konnten trotzdem einen weiteren Auf- und Ausbau ihrer jungen Sparte durchführen und die Zahl ihrer örtlichen Vereinigungen von 95 Ende 1929 auf 140 Ende 1930 steigern und damit auch die Mitgliederzahl von 14.261 auf 15.892 von insgesamt 45.323 Handseherkollegen. Das Spartenorgan „Der Handseher“ erschien monatlich mit 12 Seiten zu je 18.000 Exemplaren, daneben einige geschmack- und eindrucksvolle Werbeflugblätter und Vortragsdispositionen. Einige tarifliche Verbesserungen zugunsten der Handseher wurden gern anerkannt. — Die Korrektoren beklagen gleichfalls große Arbeitslosigkeit, insbesondere immer größere Anforderungen an ihre berufliche Leistungsfähigkeit und damit zusammenhängende Schadensersatzklagen. Die erfolgreiche Abwehr von wesentlichen Verschlechterungsanträgen der Prinzipale bei den vorjährigen Tarifverhandlungen wird von den Korrektoren dankbar anerkannt. Die Zahl der Spartenmitglieder mit rund 2000 von insgesamt 3000 ist stabil geblieben. — Die Maschinenseher hatten einen Personenwechsel in der Führung ihrer Zentralkommission zu verzeichnen. Einzelne Resultate der vorjährigen Manteltarifverhandlungen, soweit sie keine

Verkürzung der Arbeitszeit für Maschinenseher, eine besondere Berücksichtigung der Handseher und die Einbeziehung der Sonntagsarbeit in die Wochenarbeitszeit mit sich brachten, werden mit Bedauern registriert. Der Konflikt in der „Deutschen Tageszeitung“ und die damit zusammenhängende Wärfre Maßlos bis zu dessen Ausschluß werden noch einmal rein referierend kurz beleuchtet und mit der Feststellung abgeschlossen, daß die durch Ausschluß Maßlos aus dem Verband hervorgerufene Beunruhigung der Mitgliedschaften der Maschinenseherpartei in der Erkenntnis ihren Ausklang fand: „daß einzig und allein die Schuld bei Maßlos lag“. Das fachtechnische Organ der Maschinenseherpartei, die „Technischen Mitteilungen“, erschien in einer Auflage von 14.500 und erfreute sich ständig steigender Beliebtheit. Der Mitgliederstand der Sparte mit 11.162 von insgesamt 12.404 Maschinensehern ist ziemlich gleichgeblieben. — Die Schriftgießer haben neben umfangreicher Kurzarbeit mit starkem Aussehen und ständig größeren Entlassungen zu rechnen; ihre Arbeitslosigkeit beträgt 33 Proz. bei 1666 Mitgliedern. Von den Unternehmern durch Kündigung des Manteltarifs herbeigeführte Verhandlungen führten unter dem Druck staatlicher Zwangsjährtung zu einer Senkung der Tarife und Stücklohn um etwa 5 Proz. Von den 1666 der Zentralkommission der Schriftgießer angeschlossenen Mitgliedern gehören 1032 unserm Verband, 489 dem Hilfsarbeiterverband und 138 dem Metallarbeiterverband an. — Die Stereotypenkonfessionen für ihre Sparte einige Fortschritte bei den vorjährigen Tarifverhandlungen. Sie beklagen aber Übergriffe anderer Sparten und des Bildungsverbandes in ihr Arbeitsgebiet. Sie lehnen allgemein beherrschende Aufführung über ihre Berufstätigkeit nicht ab, aber nur unter der Voraussetzung entsprechender Gegenseitigkeit. Das Spartenorgan „Blei und Kupfer“ erschien mit acht Nummern. Die Mitgliederzahl betrug Ende des Jahres 2362 von insgesamt 3159 Stereotypen und Galvanoplastikern nach der Verbandsstatistik vom 3. November 1930. — Ein ausführlicher Bericht über die Tätigkeit des Bildungsausschusses der Deutschen Buchdrucker bildet den Abschluß der ideellen und materiellen Rechnungslegung unseres Verbandes für das Jahr 1930. Die aus historischen und sachlichen Gründen bestehende organisatorische Sonderstellung des Bildungsverbandes gibt Anlaß zu einer besonderen Beleuchtung dieses Bereichs. Da jedoch der Bildungsverband gegen Ende August seinen siebenten Vertretertag in Erfurt abhielt, eine Tagung, die besondere Gelegenheit zur Erörterung des gesamten Aufgabenzweiges des Bildungsverbandes auch an dieser Stelle bietet, sei dieses Thema vorläufig nicht zuletzt aus Raumgründen zurückgestellt.

Einem besonderen oder zusammenfassenden Rückblick auf den Jahresbericht unseres Verbandes für das Jahr 1930 glauben wir nach diesen Streiflichtern in drei Artikeln nicht mehr nötig zu haben. Wir haben es abschließend vermieden, persönliches Studium des Originalberichts auch nur teilweise auszuschöpfen, weil wir es mehr als je zuvor als Pflicht eines jeden Verbandskollegen beurteilen, daß er sich selbst etwas mehr um seine eigne Gewerkschaft bekümmert, an die er im allgemeinen um so größere Anforderungen stellt, als seine eigne kollegiale und organisatorische Mitarbeit zu wünschen übrig läßt. Wir schließen daher den diesmaligen Streifzug durch den Bericht des Verbandsverbandes über das Jahr 1930 mit der gleichen Zuversicht und Erwartung, die als Ausklang des Berichts des Gauvorstandes von Württemberg in folgendem zwei Sätzen ihren Ausdruck gefunden haben:

„Ein Rückblick auf die in schwierigen Zeiten geleistete Arbeit zeigt jedem einsichtigen Kollegen, daß alles getan wurde, um die Interessen der Kollegenschaft wirksam zu vertreten. Wenn auch so mancher Wunsch unerfüllt geblieben ist, haben wir doch die Gewißheit, daß auch diese Zeitperiode einmal der Vergangenheit angehören muß, daß die Zeit nicht mehr fern sein wird, in der die ungezügelterte Entwertung menschlicher Arbeit aufgehoben sein wird und bessere Verhältnisse Platz greifen!“

Arbeiterchaft und Nationalsozialisten

Der „Graphische Alarm“ überschriften die Nazis ein von ihnen an die Arbeiter der Fachgruppe Graphisches Gewerbe herausgegebenes Werbeflugblatt. Getreu den von Kommunisten abgelesenen Methoden versuchen auch sie über den Weg von Betriebszellen ihre Wählerarbeit im Auftrage ihrer Geldgeber zu verrichten. Sie werden mit ihren Heilrufen bei der gewerkschaftlich gut geschulten, auf eine alte gewerkschaftliche Tradition zurückblickenden graphischen Arbeiterchaft nur vergeblich verhallen. Wenn dennoch zu dem Flugblatt der Nazis ein paar Bemerkungen gemacht werden, so deshalb, um einige ihrer immer wiederkehrenden Phrasen zu beleuchten.

In dem Flugblatt bezeichnen sich die Nazis als die radikalste politische Gruppe, die für eine soziale Neuordnung von Staat und Wirtschaft kämpfe. Sie maßen sich an, zur Führung der Hand- und Kopfarbeiterchaft berufen zu sein. Die Übernahme ihrer Führung bedinge aber zuvor die restlose Vernichtung des Marxismus. Die Nationale „Deutsche Arbeiterpartei“ kämpfe gegen den Kapitalismus als brutale und ausbeuterische Unterdrückungs- und Wirtschaftssystem des Liberalismus. Sie kämpfe gegen die gelben und wirtschaftsfeindlichen Organisationen als ausgefallene Subjekte des Unternemertums und Saboteure der um Lohn und Arbeit ringenden Arbeiterchaft.

Man braucht sich nur die Anhängerchar nationalsozialistischer Phrasologie einmal näher anzusehen, um zu erkennen, daß diese Partei mit der Arbeiterchaft und ihrer Interessenwahrung aber auch gar nichts gemein hat. Es ist kein Zufall, daß unter ihren begeisterten Anhängern, führenden, gerade alle die Volksschichten vertreten sind, denen die Staatsumwälzung ihre von der zumutungsgebrochenen Monarchie privilegiert gewesenen Vorrechte genommen, ihre Existenzgrundlage geschmälert hat. Neben den in ihrem Schlaraffenleben geförkerten Abkömmlingen vergangener Monarchen befinden sich in trauriger Gemeinschaft abgedankte Offiziere, und daneben diejenigen der besitzenden bürgerlichen Klasse, die es nicht begreifen können, daß ihr Privileg auf Hochschulbildung gebrochen, ihr Vorrecht auf führende Stellungen in Reich, Staat und Gemeinden nicht mehr die restlose Anerkennung findet, wie zu Zeiten der Monarchie. In ihrer Existenzgrundlage durch die technische Entwicklung bedrohte Kleinhandwerkerkreise ergänzen den konservativen Interessenshaufen. Die Wahrung und Förderung der Arbeiterinteressen von diesen von schärfster reaktionärer und konservativer Gesinnung beherrschten Gruppen zu erwarten, ist mehr als naiv.

Das schon dem Nationalsozialisten im Kindesalter gekauften politische Schlagwort „Kampf dem Marxismus“ bildet auch im Flugblatt an die graphische Arbeiterchaft das Stichwort. Der Begriff Marxismus, in seiner Grundzüge die wissenschaftliche Erkenntnis von der die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens bestimmenden kausalen Gesetzmäßigkeit, ist den Nationalsozialisten eine unbekannte Vorstellung. Wenn die Nationalsozialisten vom Kampf gegen den Marxismus schwärmen, so sind in diesem, getreu dem Verlangen ihrer Geld- und Auftraggeber, alle gegen Demokratie und gegen die Entwicklung zu einem wahren Volksrecht gerichteten Bestrebungen zusammengeschloßen. Man braucht nur, um das bestätigt zu finden, sein Augenmerk auf die Staaten zu richten, in denen der Faschismus einen bestimmenden Einfluß erhalten hat. Polen, Litauen und vor allem Italien mit seinem von den deutschen Nationalsozialisten umschwärmten Diktator Mussolini sind sprechende und die Arbeiterchaft zugleich warnende Beispiele. Mit der Profanierung von Streiks, unterstützte Entzweiung des Privatbesitzes gewann das faschistische System Italiens seine Anhänger. Mit den gleichen Versprechungen, wie die Nationalsozialisten heute ihre Anhänger werben, z. B. Verstaatlichung der Großbanken, Kampf der Zinstuchschiffahrt, Eindämmung der Spekulation, Kampf der Kapitalflucht, hohe Besteuerung aller Vermögen und der Gewinne, warben auch die Faschisten in Italien. Und als ihre Herrschaft einsetzte, unterließ die Bekämpfung der Kapitalausbeutung. Um so mehr wurden aber Löhne abgebaut, die Arbeiterchaft gehelmt durch Aufhebung des Koalitionsrechts, durch Streikverbot und Vernichtung ihres politischen Rechts. So lösten in Italien die Faschisten ihre Versprechungen ein. Und in gleicher Weise werden auch die Faschisten in Deutschland, falls ihnen die Herrschaft zufallen würde, ihre Versprechungen an die Arbeiterchaft einlösen.

Sind die Nationalsozialisten in Deutschland einmal vorübergehend zur Herrschaft gelangt, so werden sie nicht für die Erhaltung des Betriebsabgabens eintreten, sie werden sich nicht für das Weiterbestehen der Gewerkschaften einsetzen, sie werden auch nicht, wie sie im Flugblatt behaupten, alle Kräfte mobilisieren gegen den Kapitalismus als brutale und ausbeuterische Unterdrückungs- und Wirtschaftssystem des Liberalismus. Die Nationalsozialisten würden vielmehr, wenn es ihnen gelänge, die Staatsmacht zu ergreifen, das gleiche tun, was ihre Oberträger in Italien getan haben. Sie würden das heute bestehende Arbeiterchaftsrecht weitgehend einschränken. Sie würden weber Betriebsratsrechte, noch Tarifvertragsrecht, noch Koalitionsrecht anerkennen. Sie würden aber vor allem die Gewerkschaften als die Verfechter und die Machthaber im Kampf um die Erhaltung und den Ausbau des Arbeiterchaftsrechts beseitigen, sie in ihrer Bewegungsfreiheit unendlich so weit beschränken, daß es ihrer Aufhebung gleichkäme.

Noch viel weniger würden aber die Nationalsozialisten Kräfte mobilisieren gegen den Kapitalismus als die liberale ausbeuterische Wirtschaftssystem. Denn die Existenz ihrer Partei ist ja gerade die Ausdrucksform aller kapitalistischen Bestrebungen und der Kämpfe um die Erhaltung kapitalistischer Herrschaft. Die Nationalsozialistische Partei ist doch das von den Verfeckern des kapitalistischen Systems ins Leben gerufene Werkzeug, um für den Kampf gegen das Ringen der Arbeiterchaft mit bestimmendem Faktor in unserm Wirtschaftsleben zu werden. In dem Bewußtsein der Rolle, die die Nationalsozialistische Partei in unsern sozialen Kämpfen spielt, nehmen es die kapitalistischen Kreise auch gar nicht ernst, wenn die Nationalsozialisten z. B. heute die Abschaffung der Zinstuchschiffahrt und des arbeitslosen Einkommens fordern oder dem kapitalistischen System mit Tod und Verderben drohen, oder gar einmal eintreten für die Beteiligung ihrer Mitglieder an einem Streik. Die Träger des kapitalistischen Systems wissen

genau, daß die Nationalsozialisten in der Praxis von morgen schon die bloße Besteuerung des arbeitslosen Einkommens verneinen. Sie wissen, daß die Nationalsozialisten das Koalitionsrecht verflümmern, das Streikrecht aufheben, wenn sie die Macht dazu besitzen. Sie wissen aber auch, daß sie in den Nationalsozialisten ihre treuesten Helfer in der Verfechtung ihrer Besitzinteressen haben, daß die Nationalsozialistische Partei ihnen im Kampf um die Festigung kapitalistischer Herrschaft die stärkste Stütze ist.

Den Gipfel der Demagogie erklimmen daher die Nationalsozialisten, indem sie in ihrem Flugblatt tun, als wenn sie den Kampf gegen die gelben und wirtschaftsfriedlichen Organisationen, als die vom Unternehmertum ausgehaltenen Subjekte, aufnehmen wollten. Die Beweise dafür, daß in keine der gelben Organisationen von Unternehmerteile so reichlich Geldmittel fließen als zur Partei der Nationalsozialisten, sind so vielfältig vorhanden, daß man nur ihre Dreifachheit bewundern muß, mit der sie ihre Phrasen verknüpfen.

Trotz ihrer offensichtlichen politischen Unfähigkeit finden sich doch immer wieder Gläubige, leider auch aus den Reihen der Arbeiterschaft. Erklärlich wird dies nur aus dem Mangel an Klassenbewußtsein und aus der unsrer Zeit eignen Denk- und Tathandlungslosigkeit, die eine Folge der wirtschaftlichen Bedrängnis ist, in der sich die Arbeiterschaft befindet. Aber nicht die Worte der Nationalsozialisten sollte die Arbeiterschaft nur hören, sondern ihre Taten prüfen, und diese sollten die Arbeiterschaft schon genügend darüber belehren, daß die Wahrung und die Förderung ihrer Interessen nur durch die Kraft der eignen Klasse, nicht aber von einer Partei erfolgen kann, die das Instrument der bestehenden bürgerlichen Klasse im Kampf gegen die Arbeiterschaft bildet. Will die deutsche Arbeiterschaft sich schwererrungene Rechte erhalten, will sie Koalitions-, Streik- und Tarifrecht bewahren, dann muß sie mit Entschiedenheit die nationalsozialistischen Lockrufe zurückweisen und mit aller Kraft sich für die Erhaltung der Schlagkraft der freien Gewerkschaften einsetzen. M. S.

Arbeitslose Kollegen, hört!

Ausgestoßen aus dem Produktionsprozeß, ohne eigenes Verdienst den Meer der Arbeitslosen angeschlossen, kommen und gehen eintönig die Tage, Wochen und Monate dahin. Nicht abzusehen ist die Zeit, in der wir wieder eintreten in den Rhythmus der Arbeit und durch den mit unsrer Hände- und Geistesarbeit erworbenen Verdienst in ausreichendem Maße den Lebensunterhalt bestreiten können. Freudige Hoffnungen, herrliche Träume und süße Pläne wurden unermüdet durch die Arbeitslosigkeit zerstückt. Unzählige Tränen sind ungeschrien in engen Kammern geflossen und die Verzweiflungsausschreie ohnmächtigen Grimms ungehört an lahlen, nächsten Menschen verhallt. Was sind wir? Dem Winde preisgegebene Blätter, vom Baum des Lebens abgefallen, verdammt, zu verwelken und abzusinken. Nur Alken, in den staubigen, nach schlechter Kasernenluft riechenden Stuben des Arbeits- und Wohlfahrtsamtes der Ordnung halber aufbewahrt. Schachfiguren in den Händen der Bürokratie, ihren halsabschneidenden Noterordnungen wehrlos ausgeliefert. O bittere Erkenntnis! der Unzulänglichkeit des menschlichen Daseins! Ganz gleich, ob in der Blüte des Lebens als eine herrlich aufgegangene Blume, oder dem Verwelken, dem Ende des Lebens zugehend, alle sind wir nur dann Menschen in den Augen der Beschenden, solange wir für sie Werte schaffen. Wehe, wenn diese Drohnen unser Arbeitskraft nicht mehr brauchen. Betrachtungssool, hohnlächelnd wird auf uns herabgesehen. Jetzt, wo sie uns nicht mehr gebrauchen und ausbeuten können, stehen wir abseits dieser Sorte menschlicher Gesellschaft, fast ihnen unnützer Ballast geworden. Wer gibt diesen Menschen überhaupt das Recht, über uns zu verfügen? Ihr Geldbeutel? Sollte das Geld allein der Maßstab sein, mit dem gemessen wird, zu wieviel Prozent der



Funzig Jahre Verbandsmitglied



Aug. Klein in Baden-Baden
Eingetretet: 7. April 1891
Seht Invalide



Jar. Wambold in Darmstadt
Eingetretet: 7. Mai 1891
Seht Invalide



einzelne Mensch im wahrsten Sinne des Wortes ist? Nein! Der wahre, edle Kern, die innere Überzeugung zur Bekennung des reinen Menschentums offenbart sich nur in den Taten, in der Hilfsbereitschaft seinen Nächsten gegenüber, in der verständnisvollen Einsicht für die Not und Beschwerden seiner Mitarbeiter und niemals im Reichtum. Es ist unerantwortlich, wie von Unternehmerteile aus die elementarsten Menschenrechte mit Füßen getreten werden, wie man auf Grund der schlechten Wirtschaftsfrage mit den unfairsten Mitteln versucht, langjährig bestehende Tarifrechte zu beschneiden und dann noch den traurigen Mut aufbringt, die ohne eigenes Verschulden arbeitslos gewordenen Kollegen als Nichtskünner zu bezeichnen. Was für ein ungeheures Maß von Überheblichkeit und lächerlichem Machtbewußtsein muß hierzu gehören!

Wir arbeitslosen Verbandskollegen pfeifen auf das Werturteil ob der Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft. Wir wollen gar nichts mit ihnen gemein haben. Wir gehören zu unsern arbeitenden Kollegen, zu unsern Brüdern im Arbeitsmittel. Ihre Seele gehört ihnen. Sie beweisen durch ihre finanziellen Opfer für uns den reinen Willen zur Kollegialität und adeln dadurch das wahre Menschentum.

Zersplitterung, Uneinigkeit in den eignen Reihen muß verstummen, muß aufhören, solange es sich um das Wohl der großen brüderlichen Gemeinde Verband, dadurch um das eigne Ich handelt. Nur in der Zusammenfassung aller erreichbaren Energien, durch ihre Konzentration, ergibt sich erst die wirkliche Stärke, die richtig einzuschlagende Kraft, die geeignet ist, im gegebenen Augenblick entspannt, Großtaten zu vollbringen. R. Ho. (Hamburg.)

Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenz

Die XV. Internationale Arbeitskonferenz hat vom 28. Mai bis 18. Juni in Genf getagt. Dieser Konferenz kommt in zweifacher Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Zum ersten Male hatte eine Internationale Arbeitskonferenz die Aufgabe, über die Abänderung eines Abereinkommens zu befinden. Zum andern beglückt dieser Kon-

ferenz das Verdienst, das schon lange angestrebt und bis zum letzten Augenblick heiß umstrittene Abereinkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau verabschiedet zu haben.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nicht-gewerblichen Berufen. Die Frage wurde auf der 15. W.K. einer Vorberatung unterzogen. Der vom Konferenz-ausschuß zu dieser Frage vorgelegte Bericht wurde von der Konferenz angenommen, ferner hat die Konferenz mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, die Frage auf die Tagesordnung der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz zum Zwecke der endgültigen Verabschiedung einer internationalen Vereinbarung zu setzen.

In dem von der Konferenz hierzu angenommenen Bericht sind die Grundlagen einer etwaigen künftigen Regelung bereits vorgezeichnet. Der Ausschuß hat sich bereits dafür ausgesprochen, daß die Regelung die Form eines Internationalen Abereinkommens annehmen solle, und dem Internationalen Arbeitsamt wird nahegelegt, den Fragebogen in diesem Sinne aufzustellen. Als Mindestalter für die Zulassung zur Arbeit in nicht-gewerblichen Berufen ist das Alter von 14 Jahren in Aussicht genommen. Weitere Punkte des Berichts befassen sich mit dem Geltungsbereich, der Einwirkung der Beschäftigung auf den Unterricht und leichte Arbeiten, etwaige Ausnahmen und die Durchführung. Der Beschluß der Konferenz, die Frage auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz endgültig zu behandeln, schafft die Möglichkeit, auf dem Gebiet des internationalen Kinderschutzes die einzige noch bestehende Lücke zu schließen und eine Gruppe von arbeitenden Kindern zu schützen, die bisher von einer internationalen Regelung nicht erfasst waren.

Das von der Konferenz verabschiedete Abereinkommen zur Festlegung der Dauer der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken gilt für den gesamten Kohlenbergbau (Steinkohle und Braunkohle). Es stellt im Steinkohlenbergbau eine tägliche Arbeitszeit von 7 Stunden und 45 Minuten vor. Ferner kann die zuständige Behörde den Unternehmern für das ganze Jahr 60 Stunden zur Verfügung stellen. Diese Überstunden müssen mit einem Zuschlag von 25 Proz. bezahlt werden. Im Braunkohlenbergbau darf die Zahl der Überstunden 75 jährlich betragen, zuzüglich weiterer 75, sofern diese tarifvertraglich vereinbart werden. In Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau gilt die im Washingtoner Abereinkommen vorgesehene tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden, jedoch mit der Einschränkung, daß die Zahl der zulässigen Überstunden jährlich nicht mehr als 100 betragen darf. Das Abereinkommen tritt in Kraft sechs Monate nachdem die Ratifikation von zwei der folgenden Völkerbundsmitgliedern durch den Generalsekretär des Völkerbundes eingetragen worden ist, Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Polen, Tschechoslowakei.

Dieses neue internationale Abereinkommen ist ein bedeutungsvoller Anfang und die notwendige Voraussetzung für die wirtschaftliche Verständigung auf dem Gebiet der Kohlenwirtschaft, in deren Folge eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen möglich sein wird. Insbesondere hat die Annahme dieses Abereinkommens dem Völkerbund für den Abschluß eines Kohlenwirtschafts-abereinkommens vorbereitend den Weg gebahnt.

Die teilweise Abänderung des Abereinkommens über die Nachtarbeit der Frauen ist von der Konferenz abgelehnt worden. Die Arbeitnehmergruppe war geschlossen gegen die Abänderung, ebenso ein Teil der Regierungen, während andere Regierungen die Abänderung gewünscht haben, weil sie Schwierigkeiten bei der Durchführung des Abereinkommens begegnet sind. Es ist im Laufe der Beratungen verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß diese Schwierigkeiten zweifellos auch auf andern Wege behoben werden können. Wie dem auch sei, dieser erste Versuch der Abänderung eines Abereinkommens hat gezeigt, wie schwierig es ist, ein internationales Abereinkommen zu

Was ist Wissenschaft?

Die Meinungen der Menschen über Wesen und Bedeutung der Wissenschaft sind recht unterschiedlich. Leo Tolstoi, dessen problematische Persönlichkeit uns immer fesseln wird, sagte: „Wahre Wissenschaft ist nur die Erkenntnis dessen, was den Zweck und das wahre Glück des Individuums bildet, alle sonstigen Kenntnisse und schönen Künste sind nutzlose, ja schädliche Zerstreuungen.“ Dieser einseitig individualistischen Auffassung eines, wie Upton Sinclair urteilt, „in seinem späteren Leben durch Reaktion vom Jugendgöttertum zum stark gefühlsbetonten Asketen Gewandbelten“ können wir schon deshalb nicht beipflichten, weil viele Wissenschaftszweige anfänglich gar nicht erkennen lassen, von welcher großer Bedeutung sie schließlich für unser Geschlecht werden können.

Frei von Voreingenommenheit ist die übliche Schuldefinition: „Wissenschaft ist der Inbegriff von Erkenntnissen, die sich auf ein ungrenztes Gegenstandsgebiet beziehen, nach bestimmten Gesichtspunkten einheitlich geordnet und methodisch verknüpft sind.“ Diese zweifelslos sachlichen, aber recht trocknen klingenden Worte lassen den unbefriedigt, der die Wissenschaft zur Gesamtkulturmenschlicher Kultur in Beziehung bringen möchte.

Wenn Schiller humorvoll spottet: „Einem ist Wissenschaft die hohe, himmlische Göttin, dem andern eine tüchtige Kuh, die ihn mit Butter versorgt“, so kennzeichnet er damit natürlich verschiedene subjektive Einstellungen; aber auch, wenn wir das verallgemeinern, hat er so unrecht nicht. Denn die Wissenschaft kann jedenfalls auf der einen

Seite lediglich ein theoretisch-ideelles Ziel haben, auf der andern Seite aber auch praktisch-materielle Zwecke, oft von hohem Wert, verfolgen. Denn es kann uns ja nicht nur darauf ankommen, möglichst viele Erscheinungen und Ereignisse in ihren ursprünghchen Zusammenhängen zu verstehen und dadurch die Welt zu erklären; wichtiger erscheint uns, wenigstens die uns umgebende Welt nach erkannten Zweckmäßigkeiten zu verändern (frei nach Karl Marx).

Kausalitätsbedürfnis, Rechtsergänzungswang ist Voraussetzung aller ernsthaft betriebenen Wissenschaft. Und da nach Schopenhauer Kausalität keine Zäsur ist, die man beliebig an- oder ausziehen kann, muß ernsthaft betriebene Wissenschaft auch zu weltanschaulichen Konsequenzen führen und ist ungelehrt ersatznehmende Weltanschauung ohne wissenschaftliche Begründung undenkbar (Rudolf Goldscheid).

Die Menschen sind seitlich für sich aus der Wissenschaft, besonders der Naturerkenntnis ergebende Weltanschauungsfragen unterschiedlich „disponiert“. So neigen manche schon aus Veranlagung zur Unterordnung und sind als Autoritätsgläubige wissenschaftlicher Auffassung nur schwer zugänglich, während andern die Bereitschaft zum Zweifeln als promethisches Angebinde schon in die Wiege gelegt wurde. Wie Kant nach seinen eignen Worten durch Stepas aus seinem „dogmatischen Schlummer“ geweckt wurde, so hat sich alle Wissenschaft aus dem Zweifeln an dem bisher für Wahrheitshaltenden emporenzieren müssen; im streiten Wandel begreifen steht sie darum immer im unerschütterlichen Gegenhalt zum Dogma. Alle großen Förderer des Wissens zählten zu den immer Nahtlosen, den immer Zwei-

felnden, die über gewohnte Geleise hinausstürmten und auf neuen Wegen vorzudringen suchten in die noch unerforschten Gebiete.

Aus alter Gewohnheit neigt der Mensch allerdings leicht dazu, seinen Erfahrungsbereich zu verlassen und Spekulationen über die tieferliegenden, ja die „letzten Ursachen“ der Erscheinungen anzustellen. Bald gelangt er da aber an die ehernen Schranken, die menschlicher Erkenntnis wohl immer verschlossen bleiben. Goethe vergleicht ein solches Verhalten mit kindlichem Unverständnis: „Die Menschen, die denken, es muß noch weiter gehen, sind den Kindern ähnlich, die, wenn sie in einen Spiegel geguckt, ihn sogleich umwenden, um zu sehen, was auf der andern Seite ist.“

Weil ernste Wissenschaft bemüht ist, sich stets der Relativität aller Erkenntnisse bewußt zu bleiben, verdient sie bei Bescheiden, ja bemüht genannt zu werden. Erst diese Grundeinstellung ermöglicht Säuberung des Wissens von allen illusorischen Fundimenten und vermag bis dicht an die Pforten des Unbegreiflichen heranzuführen. Und höchste Weisheit ist, dort, wo das sichere Wissen aufhört, unrete Unwissenheit zu bedenken und — weiterzuforschen (B u e t e r s).

Auch dürfen wir nicht übersehen, daß die Wissenschaft sowohl ihrer Entdeckung als auch ihrer Organisation nach selbst ein soziales Produkt ist. Diese Tatsache berechtigt aber zur Frage: hat die Abhängigkeit von sozialen Voraussetzungen Einfluß auf die Wissenschaft? Kritische Beurteilung, wie Max Adler, Rudolf Goldscheid, August Wittfogel u. a. m., bejahen das und weisen

ändern, das bereits die Grundlage zahlreicher Landesgesetze bildet.

Die Konferenz widmete einen großen Teil ihrer Zeit der Aussprache über den Bericht des Direktors, der sich vorwiegend mit den nationalen und internationalen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten der Arbeitslosigkeit befaßte. Es war der Konferenz nicht möglich, zu dieser Frage bestimmte Beschlüsse zu fassen. Sie hat lediglich eine Entschließung angenommen, die den Verwaltungsrat beauftragt, die Unterfuchung der Frage fortzuführen. So wenig dies angesichts der augenblicklichen Lage sein mag, so wichtig und wertvoll war diese Aussprache für die Weiterführung der Untersuchungen und für die Vorbereitung wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung der sozialen Folgen der Wirtschaftskrisen.

Schließlich hat die Konferenz wieder eine Reihe von Entschließungen angenommen, die sich auf die Kontrolle der Durchführung der internationalen Übereinkommen und insbesondere auf die Wirksamkeit der Empfehlungen erstrecken.

Ferner wurde eine Entschließung des indischen Arbeitnehmervertreters angenommen zur Einberufung einer Sonderkonferenz für die asiatischen Arbeitsfragen. Eine weitere, vom irischen Regierungsvertreter eingebrachte Entschließung betrifft den Schutz der in der Elektroindustrie beschäftigten Arbeitnehmer gegen Unfälle. Eine vom japanischen Arbeitnehmervertreter vorgelegte Entschließung verlangt, die Frage der Koalitionsfreiheit auf die Tagesordnung einer der nächsten internationalen Arbeitskonferenzen zu setzen. Besonders wichtig ist die vom belgischen Arbeitnehmervertreter Mertens vorgelegte Entschließung über die Maßnahmen zur Bekämpfung der internationalen Wirtschaftskrisen im Kohlenbergbau, die insbesondere auf die Notwendigkeit des Abschlusses eines zentralen Wirtschaftsabkommens durch den Völkerverbund hinweist, nachdem die Arbeitskonferenz das Übereinkommen über die Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau verabschiedet hat.

Eine weitere, vom deutschen Arbeitnehmervertreter Müller und dem schweizerischen Arbeitnehmervertreter Schärer eingebrachte Entschließung fordert die Abernennung der Sanktionen in die Liste der entschuldigungsverpflichteten Berufsstrafen. Weiter wurde eine Entschließung des deutschen Arbeitnehmervertreeters Fernman Müller angenommen, die den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts ersucht, die möglichst baldige Vornahme von Untersuchungen und Erhebungen über Arbeitsbedingungen in den Eisen- und Stahlindustrien der einzelnen Länder in Erwägung zu ziehen.

Zweifellos stand die XV. Internationale Arbeitskonferenz in allen ihren Phasen stark unter dem Druck der Wirtschaftskrise. Am so erfreulicher ist es, daß aus ihr eine Reihe von Beschlüssen hervorgegangen ist, die nicht nur einen weiteren Fortschritt auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes bilden, sondern schon einen wirksamen Anfang zur Bekämpfung der Krisenursachen darstellen.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Wichtige Entscheidung zur Krisenunterstützung

Immer neue Scharen werden bei der anhaltenden Krise aus der ordentlichen Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen und der Krisenfürsorge überwiesen. Hier aber kommt dann die Bedürftigkeitsprüfung mit den Anrechnungsvorschriften, die eine Quelle streitiger Seiten mit sich bringt. Neben der Anrechnung des eignen Verdienstes spielt das Einkommen der Familienmitglieder eine gewichtige Rolle. Von dem Einkommen, das ein Angehöriger des Arbeitslosen hat, ist nämlich der Betrag anzurechnen, um den das Einkommen 20 M. in der Kalenderwoche übersteigt. Der Betrag von 20 M. erhöht sich für jede Person, die der Angehörige des Arbeitslosen auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhält, um 10 M.

Darauf hin, daß die Wissenschaften, die unmittelbar praktische Anwendungen in Technik und Industrie gestatten, dank der Förderung durch wissenschaftlich daran interessierte Kreise sehr hoch entwickelt sind, während z. B. die für die gesellschaftliche Stellung der Menschen bedeutungsvollen Sozialwissenschaften im allgemeinen sehr vernachlässigt werden.

Gerade der Gegenwartsmensch sollte aber nicht vergessen, daß Wissen von den natürlichen und sozialen Grundlagen des Menschentums erste Voraussetzung bewußter Lebensgestaltung ist. Auch kann anfänglich vielleicht nur aus reiner Freude erworbenes Wissen in der Hand eines lebendigen Menschen oft ein recht brauchbares Instrument im Lebenskampf abgeben.

„Wissen ist Macht?“ Keineswegs in der Hand des Forschers selbst! „Ja, vielleicht gehört die Wissenschaft sogar“, sagte Albert Einstein einmal, „zu den zarten Frauen, die sich als Gelebte besser fühlen wie als Frau!“

Allen denen aber, die den Fortschritten menschlicher Erkenntnis gleichgültig gegenübersehen, sei ein andres, gelegentlich der letzten Berliner Futurausstellung ausgesprochenes Zitat ein Wort mahnend zugerufen: „Schämen sollten sich alle, die sich gedankenlos der Wunder der Wissenschaft und Technik bedienen und nicht mehr davon geistig erfüllt werden als die Kuh von der Botanik der Pflanzen, die sie mit Wohlbehagen frisst!“

S a m b u r g.

E. M ü h l b a d.

Was erfordert unsre Zeit?

Weltbürgerliches Denken vor allem! Daß literarische Programm der Sängergilde Dutenberg enthält die besten Namen der Weltliteratur

In der vorliegenden Streitfrage ging es darum, ob zu den Personen, für die eine Erhöhung um 10 M. eintritt, auch der krisenunterstützte Arbeitslose und dessen Ehefrau zu rechnen sind. Der Vorsitzende des Arbeitsamts hatte dem Kläger die an sich auf 14,85 M. berechnete Krisenunterstützung verweigert, da sein 29jähriger Sohn 36,30 M. wöchentlich verdiente und der das wöchentliche Einkommen von 20 M. übersteigende Betrag auf die Unterstützung anzurechnen sei. Der Herrgegen von dem Kläger eingelegte Einspruch, in dem er geltend machte, daß der Sohn mit seinem Einkommen ihn, den Kläger und seine Mutter, die Ehefrau des Klägers, unterhalten müsse, ist vom Spruchauschuss zurückgewiesen worden. In der Begründung wurde ausgeführt, der Kläger habe selbst vor Eintritt der Arbeitslosigkeit seine Ehefrau unterhalten und bezog sie für sie den Familienzuschlag.

Die nunmehr angerufene Spruchkammer gab die Sache an den Spruchsenat ab zur Entscheidung von zwei Rechtsfragen, und zwar: 1. ob nach Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung für die Berücksichtigung des Einkommens von Angehörigen und ihrer Unterhaltsleistung sowie für die Beurteilung ihrer Unterhaltspflicht die Verhältnisse während des Laufes der Krisenunterstützung maßgebend sind, 2. ob sich der Betrag von 20 M. erhöht, wenn während des Bezuges von Krisenunterstützung ein Sohn des Krisenunterstützungsempfängers diesen und die Mutter ganz oder überwiegend unterhält.

Die Spruchkammer neigte zur Bejahung der Fragen, und der Spruchsenat schloß sich an mit folgender Begründung: Die Verordnung über Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 11. Oktober 1930 regelt in Artikel 4 Absatz 2 näher, wie weit das Einkommen von Angehörigen des Arbeitslosen auf dessen Krisenunterstützung anzurechnen ist. Es ist der Betrag anzurechnen, um den das Einkommen des Angehörigen 20 M. in der Kalenderwoche übersteigt. Der Betrag von 20 M. erhöht sich für jede Person, die der Angehörige des Arbeitslosen auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhält, um 10 M. Danach ist für die Anrechnung maßgebend, welches Einkommen der Angehörige während des Laufes der Krisenunterstützung hat. Die Krisenunterstützung wird nur bei Bedürftigkeit gewährt; diese ist Voraussetzung des Anspruchs. Ob Bedürftigkeit gegeben ist, ist nach den Verhältnissen zu beurteilen, die jeweils während des Laufes der Krisenunterstützung vorliegen. Die Verhältnisse, die vor Eintritt der Arbeitslosigkeit oder vor Bewilligung der Krisenunterstützung oder der Arbeitslosenunterstützung vorliegen, sind dafür nicht ausschlaggebend. Anders ist während des Bezuges der Krisenunterstützung das Einkommen des Angehörigen, so muß der anzurechnende Betrag erhöht oder erniedrigt werden. Ebenso ist maßgebend, ob der Angehörige während des Laufes der Krisenunterstützung andere Personen den Unterhalt gewährt; auch die Frage, ob die Unterhaltsleistung „auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht“ erfolgt, ist nach den während des Bezuges der Krisenunterstützung vorliegenden Verhältnissen zu beurteilen. Sogt doch Artikel 4 Absatz 2 Satz 2 ausdrücklich voraus, daß der Arbeitslose die Person „unterhält“, während nach § 103 Absatz 2 WVG die Gewährung des Familienzuschlags davon abhängig ist, daß der Arbeitslose den Angehörigen bis zum Eintritt der Arbeitslosigkeit ganz oder überwiegend unterhalten hat.

Bei dem verschiedenen Wortlaut dieser beiden Vorschriften kann demnach der anrechnungsfreie Betrag des Einkommens des Angehörigen auch für eine Person erhöht werden, für die der Arbeitslose selbst den Familienzuschlag erhält. Daß der Kläger Anspruch auf den Familienzuschlag für seine Ehefrau hat, steht demnach der Erhöhung des anrechnungsfreien Betrages des Einkommens seines Sohnes für seine Mutter um 10 M. nicht entgegen.

Der Auffassung der Spruchkammer ist aber weiter auch darin beizutreten, daß der anrechnungsfreie Betrag von 20 M. wöchentlich sich auch dann erhöht, wenn der Krisenunterstützungsempfänger selbst von den Angehörigen auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhalten wird. Die bezeichnete Vorschrift macht keinen Unterschied nach der Beschäftigung der Unterhaltsberechtigten, sondern bestimmt allgemein, daß sich der Betrag von 20 M. für jede Person erhöht, die der Angehörigen unterhält. Die in Kühne-Rawicz, die Krisenfürsorge des Reiches und der Gemeinden 1931, Seite 70, vertretene Auffassung, daß zu den Personen dieser Art der krisenunterstützte Arbeitslose selbst nicht gehört, ist mit dem Wortlaut der Verordnung nicht zu vereinbaren. Ob im vorliegenden Fall der Sohn des Arbeitslosen diesen und die Mutter auf Grund familienrechtlicher Unterhaltspflicht tatsächlich ganz oder überwiegend unterhalten hat, ist Tatsache, die von der Spruchkammer zu entscheiden ist.

Die grundsätzliche Entscheidung 413 ist vom 22. Mai 1931 (IIIa Nr. 65/31), abgedruckt im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 18.

Die erhellend klare Entscheidung wird vielen Arbeitslosen wie auch zu einer Unterstützung versehen, da nicht wenige Arbeitsämter bisher anders entschieden, sich insbesondere den Standpunkt Kühne-Rawicz zu eigen machten. P. Lo.

Korrespondenzen

Bielefeld. Ihre zweite Bezirksversammlung am 14. Juni im „Volkshauss“ Bielefeld-Südrad erfreute sich eines sehr starken Besuchs. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden Kollegen Strathmann brachte der Graphische Gesangsverein einige wohlgeungene Lieder zu Gehör. Dann folgten die üblichen geschäftlichen Mitteilungen. Der Kasienbericht lag gedruckt vor und Kollege Strathmann gab, infolge Verhinderung unfres Kalliters, kurze Erläuterungen. Hierauf referierte unfres Gauvorsteher Kollege Köhler über das Thema „Wirtschaftskrise und Arbeiterlosheit“. In fast zweiündigem Vortrag verstand es der Redner, die Zuhörer durch seine klaren Ausführungen zu fesseln. In erster Linie mußte die 40-Stunden-Woche sowie ein gerechter Lohnausgleich und Entfaltung von Arbeitslosen gefordert werden. Man dürfe auch die Kräfte der Gewerkschaften nicht überbeanspruchen, da leider ein großer Prozentsatz der arbeitenden Klasse nicht organisiert sei. Gewarnt müsse vor allen Dingen werden vor der von den Kommunisten aufgezogenen „Roten Gewerkschaftsopposition“ und den sogenannten Gewerkschaften der Nazis, deren Vorhaben es sei, die freien Gewerkschaften zu zerstückeln. Zum Schluß kam Redner noch kurz auf die finanzielle Krise in unfrem Verband zu sprechen. Eine geringe Beitragserhöhung sowie vielleicht auch eine Reduzierung der Unterhaltungen würde man wohl in Kauf nehmen müssen. In der darauf folgenden regen Aussprache kam der Annulla über die „Not-Verordnung“ fast zum Ausdruck, wobei die Toleranzpolitik einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Folgende Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen: „Die am 14. Juni tagende Versammlung des Bezirks Bielefeld im Verbands der Deutschen Buchdrucker stellt den reaktionären Charakter der letzten Not-Verordnung fest und fordert den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund auf, gegen diese neue Belastung den schärfsten Kampf zu führen.“ Hierauf gedachte Kollege Löschner untrer diesjährigen Jubilare, widmete ihnen ehrende Worte und überbrachte ihnen die Glückwünsche des Gauvorstandes. Kollege Strathmann gedachte dann noch unfres Kollegen Holz, der in diesem Jahr auf eine 25jährige aufopfernde Tätigkeit als Bezirksfasser zurückblicken konnte. Im Namen der Jubilare dankte dann Kollege Kell (Lippstadt) für die erwiesenen Ehrungen und richtete an die Jugend die Bitte, sich ein Beispiel zu nehmen an der dem Verband bewiesenen Treue und dem Opfer Sinn dieser Jubilare. Für die anwesenden Arbeitslosen, Invaliden und Durchreisenden wurden je 5 M. bewilligt. Aus Sparamteitsrückfällen findet die nächste Bezirksversammlung wieder am Ortort statt.

Dresden. Das Bestreben des Ortsvereinsvorstandes, die Mitgliedschaftsverammlungen mit zeitgemäßen Vorträgen zu beleben, wird von den Kollegen durch guten Versammlungsbesuch unterstützt. Gegenüber den notorischen Versammlungsschwänzern verlag allerdings auch dieses Mittel. Am 3. Juni sprach Arno Hennig über das Thema „Der Sozialismus des europäischen Faschismus“. Er führte unter anderem aus, daß es irrig gewesen sei, wenn man geglaubt habe, der Faschismus sei eine vorübergehende Erscheinung, die vor allem unfrem Volk nichts anhaben könne, weil es viel zu aufgeklärt ist. Fast steht, daß der Faschismus eine europäische Gesamterhebung ist, wenn auch kein Einfluß in den einzelnen Ländern recht vorliegen sei. Das Ziel des Faschismus sei das Dreieck: Italien, Deutschland und England; die Verwirklichung dieses Zieles wäre aber der Krieg, gegen den die Zeit 1914 bis 1918 ein Kinderpiel gewesen wäre. England schein aber kein günstiger Boden für den Faschismus zu sein, wenn auch Ansätze zu beobachten sind. Bogenförmig ist Deutschland von faschistisch regierten Ländern umgeben, angefangen im hohen Norden: Finnland, Litauen, dann Polen, Ungarn, Jugoslawien, Italien; und nun wird versucht, in Deutschland und Österreich Brücke zu schlagen. Es ist Tatsache, daß der Faschismus in den Staaten mit junger Demokratie den günstigsten Boden vorfindet, während Länder mit alter Demokratie dagegen immund erscheinen, z. B. England, Amerika, ferner die nordischen Staaten Schweden, Norwegen, Dänemark, aber auch Holland, Luzemburg, die Schweiz und die Tschechoslowakei. Ansätze, die in diesen Ländern vorgefunden werden, sind völlig bedeutungslos. Mit welchen Mitteln der Faschismus arbeitet, beleuchtete der Redner recht eingehend. Vor dem März nach Rom hatte Mussolini den Arbeitern alles versprochen: genau so, wie es unfre Nationalsozialisten in ihren Versammlungen und ihren Kundgebungen tun. Aber wie steht es nachher aus? Statien ist der sprechendste Beweis dafür! Deshalb darf nichts unverzüglich bleiben, den Nationalsozialismus abzuwehren. Wie oft hört man Aussprüche, die lauten: So laßt sie doch einmal ans Staatsruder, damit man sehen kann, was sie leisten! Das wäre aber ein gefährliches Experiment bewegen, weil sie ja nur die Diktatur kennen und von ihren Klagen durch Wahlen usw. nicht wieder entfernt werden können. Darum heißt es für uns, die Gefahr nicht leicht zu nehmen, denn wir haben nicht nur unfre Ketten zu verlieren, sondern unfre gesamten Erzugenschaften und vor allem unfre Freiheit. Viele von uns nehmen das alles als selbstverständlich hin und würden den Wert erst dann erkennen, wenn sie es nicht mehr besitzen. In der Diskussion sprach auch Kollege Holz, die Hälfte davon vom kommunistischen Standpunkt aus. Nach anderthalb Stunden Debatte wurde ein Schlußantrag angenommen. Der Referent konnte im Schlußwort verdienstvoll richtigstellen und erläutern. Hierauf berichtigte Kollege Schöder über den Beschlus des Gauvorstandes betr. Neugefaltung der Unterhaltungsfrage. Er geht mit den Vorschlägen des Verbandsvorstandes konform, wünscht aber, daß der Verbandsbeitrag um 20 Pf. wöchentlich erhöht wird, um die Notstandsunterstützung, wenn auch mit Abstrichen, so doch dauernd und nicht befristet gewähren zu können. Die Ausführungen fanden volles Verständnis auch in der Debatte, die von sieben Rednern bestritten wurde. Verschiedene Kollegen wollten sogar in der Beitragsfrage weitergehen, um den Arbeitslosen wirksamere Hilfe zuteil werden zu lassen. Nur die Opposition lehnte jede Beitragserhöhung ab, was in einem schriftlichen Antrag mit folgendem Wortlaut zum Ausdruck kam. „Die Dresdener Buchdrucker lehnen jede Beitragserhöhung ab. Begründung: Die Verelendung der Arbeitslosen und Arbeitenden wird nicht durch Beitragserrhöhung abgewehrt.“

sondern durch Kampf um die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich und durch die Verknüpfung des Kapitals. Für diesen Antrag fanden sich jedoch nur zehn Stimmen, so daß er wohl auch manchem „Oppositionellen“ nicht distastabel erschien. Wegen vorgerückter Zeit erfolgte dann, obwohl noch Stoff vorlag, Schluß der Verammlung.

Eberswalde. Die **V e r s a m m l u n g** am 18. Juni besaßte sich unter anderem ganz besonders mit dem Verbandsvorsitz herausgegebenen Richtlinien zwecks Kräftigung der Verbandsfinanzen. Die Verammlung geht mit der Meinung des Bezirksvorstandes Eberswalde konform und hält jede Erhöhung des Verbandsbeitrags für untragbar. Zahlreiche Ausritte aus dem Verband würden die Folge dieser neuen Befassung der Kollegen sein. Ebenso hält die Verammlung folgende Herabsetzung der Unterstützungen an die Arbeitslosen für unangebracht. Wege, wo erstmals Sparmaßnahmen gemacht werden können, sind folgende: Abbau des Verbandskrankengeldes um 50 Proz.; Einschränkung und Herabsetzung der Delegiertenbesoldung; Herabsetzung des Sitzungsgeldes; Herabsetzung der Rückvergütung an die Gewerkschaft; Nachprüfung der Gehälter aller Verbandsangestellten und Neufestlegung derselben, aufbauend auf Tariflohn der Gehilfenstaffel; Einschränkung der Delegiertenzahl bei internationalen Tagungen usw.; Abschaffung des 13. Monatsgehalts für alle Angestellte; Abführung eines einmaligen Kontoposters sämtlicher Gewerkschaften an die Verbandskasse für Unterstützungswecke. Erst wenn diese gangbaren Vorschläge zur Durchführung gebracht sind, ist die Gehilfenstaffel notwendigem bereit, seine Erhöhung und ebensolche Kürzung der Leistungen anzunehmen. Im übrigen begrüßt die Verammlung das vom Potsdamer Ortsverein vorkommende Rundschreiben und hält ihrerseits ebenfalls die Einberufung eines außerordentlichen Congresses für durchaus nötig.

Erfurt. In Verfolg eines Beschlusses der Gauvorstände der graphischen Verbände, in allen maßgeblichen Druckorten Thüringens gemeinsame Verammungen abzuhalten, um Stellung zu nehmen zu den Tagesfragen der Gegenwart, fand die erste **V e r s a m m l u n g** am 9. Juni in Erfurt statt. Gauleiter **M a s c h e r** er vom Buchbinderverband sprach über das Thema „Schluß mit dem Lohnabbau — Herunter mit der Arbeitszeit“. In längeren überzeugenden Ausführungen beleuchtete er die schädlichen Wirkungen des Lohnabbaus für die deutsche Wirtschaft, die Finanzen des Staates und die sozialen Institute, fand vernichtende Worte für die Notverordnung der Brülinger Regierung vom 5. Juni und zeigte an zahlreichen Beispielen, daß nur die Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Massen und eine Arbeitszeitverkürzung mit Einstellungszwang und tragbarem Lohnausgleich zur langsame Gesundung der Wirtschaft und Wiedereinrichtung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess führen könne. Die Diskussion über das Gehörte war sehr lebhaft. Allgemeine Empörung herrschte über die neue Notverordnung, deren Aufhebung gebieterisch gefordert wurde. Nachstehende Entschließung, aus der Mitte der Verammlung eingereicht, fand einstimmige Annahme: „Die am 9. Juni in Erfurt stattfindende graphische Verammlung nahm Stellung zu dem von Regierung und Unternehmertum weiterhin geplanten Lohnabbau. Die Verammlung protestiert mit aller Schärfe gegen jede weitere Senkung des Reallohnes und die Lockerung der Tarif- und Sozialgesetzgebung. In einer weiteren Senkung der Massenkaufkraft sehen die Anwesenden eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise. Die Notverordnung vom 5. Juni, welche den jugendlichen Erwerbslosen jede Unterstützung entzieht und in der Hauptfrage wieder den ärmeren Schichten neue Belastungen auferlegt, wird abgelehnt und ihre Aufhebung auch energig gefordert. Das Unternehmertum und die Regierung büßten bei in letzter Stunde gewart, den Bogen zu überspannen. Die graphische Arbeiterschaft **Erfurts** fordert mit allem Nachdruck die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche mit Einstellungszwang und tragbarem Lohnausgleich. Einig und geschlossen wird sie jedem weiteren Lohnraub entgegenzutreten und auch vor dem letzten Mittel, dem Streik, nicht zurückzublicken.“

Gesellschaft. Unsere **M o n a t s v e r s a m m l u n g** am 14. Juni war nur mäßig besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Wohlens des Kollegen **Kirch**, der in der Morgenstunde dieses Tages verstorben war. Unter Punkt „Geschäftliches“ gab Vorsitzender Kenntnis von einem Konflikt bei der Firma **Münstermann**. Am 29. Mai wurde einzelnen Kollegen das Lohnabkommen gebündelt zwecks Abbau des Leistungslohnes. Die Gehilfenstaffel verlangte Zurücknahme dieser Maßnahme und legte, als die Firma dies verweigerte, geschlossen die Arbeit nieder. Nach 24stündigem Ausstand wurde die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Inzwischen hat die Firma den über 10 M. über Tarif entlassenen Gehilfen neue Lohnvorvermittlung unterbreitet. Die Kollegenschaft wird in einer Betriebsverammlung dazu Stellung nehmen. Der Belegschaftsleiter gab sodann einen Bericht von der Jugendleiterkonferenz in Duisburg, der mit Interesse aufgenommen wurde. Punkt 2: „Beitragsverhöhung oder Senkung der Unterstützungsätze“, rief eine rege Aussprache hervor. Fast alle Redner sprachen sich dahin aus, daß eine Beitragsverhöhung wohl nicht zu umgehen sei, jedoch wurde auch eine Senkung der Unterstützungsätze bei der Keise, Kranken- und Invalidenunterstützung das Wort geredet. Die Verbeschaltung der Staffelleistungsbeiträge wurde empfohlen, indessen müßten bei einem Dauerzustand den höchsten Beitragszahlen gewisse Rechte eingeräumt werden, beispielsweise Anrechnung der Extrabeiträge. Gegen den Plan einer Keise von Zwangsimmungen, darunter auch der Buchdruckerinnung, am hiesigen Ort eine Innungsgründung zu gründen, wurde entschieden Stellung genommen und den Kollegen empfohlen, am Abstimmungstag, 12. Juli, mit „Nein“ zu stimmen. Anlässlich unseres Johannisfestes bewilligte die Verammlung den arbeitslosen Kollegen eine Extraauszahlung von 5 bis 10 M.

Hamburg. (Maschinensetzer.) Unsere **V e r s a m m l u n g** am 14. Juni bot uns einen Lichtbildervortrag: „Neuerungen an der Linotype“, gehalten von Herrn **Nyckel** von der Merzenthaler Schmalzfabrik. In etwa einhundert Ausführungen, die durch eine kurze Biographie **Edmar Merzenthalers** eingeleitet wurden, wurden sämtliche Neuerungen in anschaulicher Weise vorgeführt. Der Beifall der Verammlung zeigte davon, daß die Kollegen mit Interesse den Ausführungen des Referenten gefolgt waren. Eine Diskussion schloß sich dem Vortrag an. Vorher gab Vorsitzender **K a t h o** einige Mitteilungen bekannt, u. a. den Personenwechsel in der Zentralkommission und die Vorstandsbekanntmachung am 25. und 26. Juli. Für unsere Wanderverammlung nach Wismar wurde der 16. August festgehalten. Die Technishe Kommission wurde wiedergewählt und im Anschluß hieran noch einige technische Fragen erledigt.

Kassel. Unsere gut besuchte **M i t g l i e d e r v e r s a m m l u n g** am 13. Juni hörte ein gut gefaßtes Referat des Gewerbeinspektors **F l e c k** über das „Arbeitszeitgesetz“. Den Kollegen wurde hier von berufener Seite die papierne „Gefährlichkeit“ des Achtstundentages vor Augen geführt. Da es sich in diesem Vortrag um rein gefühlige „Aumustschlachten“ handelte, beschränkte sich die Aussprache nur auf einige Anfragen. Einen weiteren Raum nahmen die zur Debatte stehenden „Sparmaßnahmen“ des Bezirksvereins ein. Zur Finanzfrage des Verbandes wurden vorgeworfene Stimmen laut. Es wurde nach reger Aussprache folgende vom Bezirksvorstand eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 6. Juni 1931 tagende Bezirksvorstandssitzung des Bezirksvereins Kassel im B. d. B. beschäftigte sich unter anderem sehr eingehend mit dem Artikel des Kollegen **Schweinitz** („Korr.“ Nr. 42 vom 27. Mai 1931). Der Bezirksvorstand ist der Ansicht, daß eine schnelle Sanierung des Verbands haushalts eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die geradezu unbefriedigende Notlage, die sich ganz besonders für unsere erwerbslosen und invaliden Kollegen katastrophal auszuwirken droht, verlangt erhöhte Opferbereitschaft. Eine Kürzung der Notstandsunterstützung würde unsere ärmsten Kollegen an den Rand der Verzweiflung treiben. Dem Ausgleich fordern wir eine Verdopplung der Extrabeiträge. Der Wille zu diesen Maßnahmen ist nicht nur ein Akt der Solidarität, sondern auch ein Akt der Dankbarkeit gegenüber jenen Kollegen, die mit unvergleichlich schweren Opfern das stolze Gebäude unseres Verbandes errichtet haben. Die Verdopplung der Extrabeiträge würde etwa der vom Kollegen **Schweinitz** vorgeschlagenen Beitragsverhöhung entsprechen, garantiert aber eine gerechte Besteuerung der in Arbeit stehenden Kollegen. Darüber hinaus wäre eine gründliche Neuregelung der Gehaltsliste unserer hauptamtlichen Verbandsfunktionäre zugunsten der so sehr in Anspruch genommenen Verbandskasse zeitgemäß und auch durchführbar. Der Bezirksvorstand ist ferner der Ansicht, daß die Erwartungen, die man in der Einführung der 40stündigen Arbeitswoche sieht, sehr stark übertrieben sind. Entschieden wendet sich die Kollegenschaft gegen eine Verkürzung, ohne einen entsprechenden Lohnausgleich. Die geringe Kaufkraftverhöhung auf der einen Seite würde eine erhöhte Kaufkraftverminderung auf der anderen Seite bedeuten und somit eine noch größere Verelendung nach sich ziehen. Gefällige Arbeitskräfte und zahlungsunfähige Gewerkschaftler wären der positive Erfolg einer solchen Aktion. Der Bezirksvorstand ermahnt daher den Verbandsvorstand, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln eine weitere Senkung des Reallohnes zu verhindern.“

Leipzig. (Drucker.) In der **V e r s a m m l u n g** am 2. März hielt Kollege **Karl Röhrle** (München), der anlässlich der Bugra-Messe hier weilte, einen Vortrag über „Die Entwicklung der Kraftzurichtung und ihre heutige Bedeutung für den Illustrationsdruck“. In eingehender und fesselnder Weise schilderte er die Entwicklung der Autotypie bis zum heutigen Stand. Durch eine reichhaltige Ausstellung von Anschauungsmaterial wurde der Vortrag interessant gestaltet und fand gute Aufnahme bei den Kollegen. — Am 17. April hielt Herr **Ferdinand M a y** einen Lichtbildervortrag: „Kreuz und quer durch den Hergenzteil von Europa“. In lebendiger Weise schilderte er seine Erlebnisse auf dem Balkan. Er machte die Zuhörer bekannt mit den Sitten und Gebräuchen der dort lebenden Bewohner. Die Naturanschaulichkeiten der Balkanländer wurden in etwa 100 Lichtbildern vor Augen geführt. — In der Verammlung am 12. Juni konnten wir zwei Kollegen der Zentralkommission begrüßen, den Kollegen **Bruno Adernann** und den Kollegen **Walter Schulze**. Kollege **Schulze** hatte das Referat der Verammlung übernommen und sprach über „Die Fortschritte der Illustrationsdruck“. Er schilderte die Entwicklung des Illustrationsdruckes von seinen Anfängen an und ging dann über auf den Offset- und Tiefdruck, welche dem Buchdruck einen großen Teil Illustrationsarbeiten entzogen und mit zu der großen Arbeitslosigkeit der Drucker beigetragen haben. Es muß nun versucht werden, diese Arbeiten dem Buchdruck wieder zurückzugewinnen, indem der Druck von Illustrationen auf Offset- und Tiefdruckpapieren in der gleichen Bildwirkung im Buchdruck möglich ist. Inwieweit hier schon Fortschritte zu verzeichnen sind, wurde an den reichhaltigen ausgestellten Drucken gezeigt. Im weiteren Verlauf der Verammlung wurde die Klage der Heidelberger Druckautomatenfabrik einer Kritik unterzogen, von welcher der Kollege **Adernann** seine Unterstützung über Drudeleistungen auf diesen Automaten gegeben hatte. Allgemein brachten die Redner und auch der Vorstand zum Ausdruck, das dieses nicht richtig war und erwarten, daß derartige Fehler in Zukunft nicht wieder gemacht werden, denn sie sind nur zum Schaden unserer Kollegen. Weiter fand am 25. April eine **V e r s a m m l u n g** der **n e u a u s g e l e r n t e n D r u c k e r k o l l e g e n** statt, in welcher vertraut gemacht wurden. Ein Lichtbildervortrag, „Meine Erlebnis auf der Wandererschaft“, gehalten vom Kollegen **W e s e r**, sollte die jungen Kollegen interessieren, einmal hinauszugehen und sich die Welt anzusehen. Als Schluß des Winterfortbildungsprogramms fand noch ein **D i s k u s s i o n s a b e n d** mit dem Thema „Aus der Werkstatt des Chemigraphen“ und ein **Kurios über die Herstellung der Kraftzurichtung** statt. Mit der Durchführung und Beteiligung obiger Veranstaltungen kann der Vorstand zufrieden sein; besonders erfreulich war es, daß sich an diesen Veranstaltungen immer eine große Anzahl unserer erwerbslosen Kollegen beteiligte.

Nürnberg-Gürtel. In unserer **M i t g l i e d e r v e r s a m m l u n g** am 11. Juni wurde das Andenken von zwei verstorbenen Kollegen durch den Vorsitzenden Kollegen **G r ö s c h** gelehrt; anschließend wurde die Tagesordnung bekanntgegeben. Hierauf sang der Männerchor des Kollegenvereins den „Sturm“ von **Wilmann**. Nun wurde der Kollege **Joseph W i t t e r** für 50jährige Zugehörigkeit zum

Verband geehrt; warme Worte des Dankes und der Anerkennung sollte der Vorsitzende dem Jubilar, machende Worte galten den Jungkollegen, denen er sagte: „Fasset tren wie der Jubilar zum Verband“. Die Überführung von 31 Jungkollegen in die Mutterorganisation und die dazu gesprochenen Worte gaben der Verammlung ein besonderes Gepräge. Nach dem Vied „Lob **Polson** von **Uthmann**, welches unsere Sänger zum Vortrag brachten, gab Kollege **V e r a n d** in der den Kassenbericht für das erste Quartal und den Mitgliederbericht, der sich aus 1043 Gehilfen, 175 Lehrlingen und 43 Invaliden zusammensetzt, bekannt. Unter „Wichtigen Mitteilungen“ forderte der Vorsitzende, daß es nicht unterlassen werden dürfe, während der Urlaubszeit arbeitslose Kollegen einzustellen, auch müssen die Kollegen mehr denn je ihre tariflichen Bestimmungen und Sonderbestimmungen beachten. Von dem Ausschluß des Maschinensetzers **Hubert Maurer** wegen Nesten wurden die Kollegen unterrichtet, ebenso von dem Austritt des Druckers **Franz Scharf**, der wegen wiederholter Schulterei vor die Vorstandskasse geladen war und sich nicht getraut, seine tariflichen Rechte vom Unternehmer zu fordern; oder dort lieblos sein will. Längere Zeit nahm eine Aussprache zu dem Artikel des Kollegen **Schweinitz** vom Verbandsvorstand in Anspruch. Eine Anzahl Kollegen gaben ihre Meinungen dahingehend zum Ausdruck, daß die Kollegen, ob arbeitslos oder in Arbeit stehend, sich einig sein mögen in der gegenseitigen Unterstützung und ganz gleich, ob eine Beitragsverhöhung oder eine Unterstützungsstärkung kommt, tren zum Verband zu stehen.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Gewerbeammer zu Leipzig haben die Schriftsetzer **Fritz Koch**, **Gustav Kornagel**, **Heinz Kloss**, **Ernst Paftener**, **Otto Thiemig** die Meisterprüfung mit der Note **U t** bestanden.

Traglicher Tod. Kürzlich erkrankte sich in einem Preßburger Hotel in der Tschekoslowakei **Heinrich Kalmar**, der Führer der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter in der Slowakei. Schon als junge Buchdrucker fiel er durch die humorvolle Art seiner Rednergabe und durch seine journalistischen Fähigkeiten auf und wurde so bald der bedeutendste Organist der deutschen Arbeiter im alten Ungarn. In der Zeit der Drangsalierung der Arbeiterschaft war **Kalmar** fortgesetzten Verfolgungen ausgesetzt. Oft wurde er eingekerkert, lebenslänglich aus Budapest ausgewiesen; in Schwabingen mußte er zu seiner Trauung fahren. Mit dem Zusammenbruch der mitteleuropäischen Mächte und der nun einsetzenden Revolution in Ungarn kam erst sein Tag. In der **Karolyi**-Regierung wurde er Staatssekretär, in der darauffolgenden **Katerer**-Regierung Volkskommissar der deutschen Minderheiten. Nach dem Zusammenbruch der **Katerer**-Regierung floh er nicht, wurde verhaftet und im Prozeß gegen die Volkskommissare zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. In dem Kerker **Horsths**, wo der weiße Terror sich hemmungslos austobte, hatte **Kalmar** mit seinen Mitgefangenen Fürstbitten zu erdulden. Er sah Dutzende seiner Leidensgefährten mit eigenen Augen in schredlicher Weise auf dem Galgen oder unter den Händen von vertierten Offiziersabteilungen **Horsths** dahinstreifen, nie wußte, wann die Keise an ihn und seine Mitritter kam. Drei lange, bange Jahre mußte er diese Qualen ertragen, bis er als russischer Austauschgefangener diese Todesgrube **Horsths** verlassen konnte. So leicht der robuste **Kalmar** selber alle seine Strafen ertrug, **Horsths** hätte jedoch hätte ihn seelisch gebrochen, er war schon seelisch tot. Er wollte nicht zu den Kommunisten nach **Moskau**, sondern ging nach Hause in sein kleines, inzwischen freilich etwas verändertes und tschechoslowakisch gewordenes Preßburg; wo er am stärksten durch seinen urwältigen Humor gewirkt hatte, wurde er von schwerer Melancholie befallen, von der er sich so tragisch selbst befreite. **Horsths** **Strick** schloß seinem Opfer nach ...

Ein Buchdrucker als Segelfluggenbauer. Aus Anlaß eines Segelflugglages auf dem Tempelhofer Feld in Berlin wurde unter anderem von einem Vertreter des Deutschen Luftfahrerverbandes ein Vortrag gehalten, in dem er bei der Beschreibung der größten dieser modernen Segelflugmaschinen mit höchstem Stolz darauf hinwies, daß diese Hochleistungsmaschine von zwei Berliner Jungen in sechs Monaten gebaut und an dem betreffenden Tage auf dem Namen „**Erlich** **Osternann**“ getauft worden sei. Das veranlaßte einen Interpellanten, nach Schluß der Beschreibung die beiden Erbauer zu „interviewen“, und dabei stellte sich dann heraus, daß tatsächlich zwei junge Männer von 20 Jahren die Maschine gebaut hatten. Beide sind arbeitslos. Buchdrucker der eine und Schlosser der andere. Sie fanden einen Geldmann, der das Material kaufte. Die Konstruktion stammt von einem **Kadener** **Flegler**, der die Maschine an ihrem Lauffuß auch flog und beachtliche Leistungen damit vollbrachte. Die Leistung der beiden Erbauer wird um ein beachtliches dadurch gehoben, daß die Maschine, die an ihrem Lauffuß 1000 Meter über Berlin schwebte, am Mittag des Starttages gerade fertig geworden war.

Eröffnung der Buchausstellung in München. Die von der Bayerischen Staatsbibliothek im Rahmen des Münchner Ausstellungssommers veranstaltete Schau: „Das Münchner Buch vom Mittelalter bis zur Gegenwart“, wurde am 1. Juli in Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Bibliotheken, Museen, Behörden, Antiquaraten usw. eröffnet. Das Kultusministerium hatte einen Vertreter entsandt. Für die Stadt München war **Witzgermeister** **Scharnagl** erschienen. Generaldirektor **Reismüller** würdigte die Ausstellung und München als Buchstadt. Er erinnerte daran, daß nicht weniger als 240 Verlagsanstalten in München tätig sind und daß von den 1930/31 in Bayern erschienenen 3000 Budeinheiten 2000 auf München treffen. Er schloß mit einem Appell an Bevölkerung, Schulen und Gewerbetreibende, die Ausstellung, die für jedermann Interessantes bietet und die Bedeutung unserer Staatsbibliothek auch von dieser Seite beleuchtet, zu besuchen.

Der neue **Sitz** des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Als 1. Juli hat der Internationale Gewerkschaftsbund seinen **Sitz** in Berlin. Der Generalsekretär des **I.G.B.** **Schwenels** hat sich in Amsterdam bereits von den Internationalen Berufssekretariaten, die dort ihren **Sitz** haben, und von der Amsterdamer Arbeiterbewegung verabschiedet

